



September 2022

Vorschläge für vorrangige Themen für den schwedischen Vorsitz des EU-Ministerrats im Frühjahr 2023

Dieses Dokument enthält die gemeinsamen Vorschläge von LO, TCO und Saco für vorrangige Themen der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft im Frühjahr 2023.

In einer Zeit, in der sich das Tempo des Wandels in unseren Gesellschaften und Arbeitsmärkten beschleunigt und die EU-Mitgliedstaaten durch Globalisierung, Digitalisierung und Klimakrise herausgefordert werden, ist es wichtig, starke Partner auf dem Arbeitsmarkt zu haben. Die Bewältigung dieser Herausforderungen erfordert einen gut funktionierenden sozialen Dialog, in dem Gewerkschaften und Arbeitgeber gemeinsame Wege finden und mit konstruktiven Lösungen beitragen.

Das Ziel von LO, TCO und Saco ist eine demokratische EU, die zum grünen und digitalen Wandel beiträgt, auf der Achtung der Menschenrechte basiert und sich auf gleichberechtigten Wettbewerb, Gleichberechtigung und Partnerschaft konzentriert. In diesem Sinne sollten die folgenden Themen während des schwedischen Ratsvorsitzes vorrangig behandelt werden.

Aktionsplan für den sozialen Dialog

Im Spätherbst 2022 oder Anfang 2023 wird die Europäische Kommission eine Initiative zur Stärkung des sozialen Dialogs starten, die sich sowohl an die EU-Ebene als auch an die Mitgliedstaaten richtet. Schweden sollte diese Initiative begrüßen und gleichzeitig sicherstellen, dass sie sowohl die Sozialpartner stärkt als auch gut funktionierende Arbeitsmarktmodelle schützt.

Starke Sozialpartner und ein wirksamer sozialer Dialog sind wichtige Instrumente für den Wandel. Es sind daher Anstrengungen erforderlich, um die Zusammenarbeit der Parteien in den Mitgliedstaaten zu verstärken, wo dies notwendig ist. Als Beispiele für solche Maßnahmen schlagen wir vor;

- einen neuen EU-Fonds für den sozialen Dialog zum Auf- und Ausbau starker, unabhängiger und wirksamer Systeme des sozialen Dialogs in den EU-Ländern, in denen sie benötigt werden,
- die Einsetzung eines Ombudsmannes/Botschafters für den sozialen Dialog,
- einen neuen Indikator für das Europäische Semester über den Stand der Arbeitsbeziehungen in den Mitgliedstaaten, und
- die Einrichtung von Korrespondenten für den sozialen Dialog in jeder Generaldirektion der Europäischen Kommission, die als Bindeglied zwischen den Sozialpartnern und der Europäischen Kommission fungieren und sicherstellen sollen, dass die Ansichten der Sozialpartner berücksichtigt werden.

Wir gehen davon aus, dass die Arbeitsbedingungen in erster Linie durch Tarifverträge geregelt werden sollten und dass die Bedingungen dafür gestärkt werden müssen. Es ist wichtig, dass alle Rechtsvorschriften auf EU-Ebene so gestaltet werden, dass sie mit unseren schwedischen Rechtsvorschriften zusammenarbeiten und diese respektieren.

Arbeitsmarktmodell. Darüber hinaus sollte es möglich sein, in relevanten Teilen des EU-Arbeitsrechts durch Kollektivvereinbarungen (Semi-Decision) abzuweichen.

Verteidigung der Demokratie und der Grundrechte

In einer Zeit, in der die Demokratie weltweit im Niedergang begriffen ist und autoritäre Kräfte mobilisiert werden, ist es wichtig, daran zu erinnern, dass die EU im Grunde ein Friedensprojekt ist, das auf der Achtung der Menschenrechte beruht. Auch die Verträge der Union enthalten eindeutige Verweise auf die demokratischen Grundsätze. Die EU-Mitgliedstaaten müssen den Anforderungen der Rechtsstaatlichkeit gerecht werden und die unantastbaren Grundwerte der Demokratie, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit achten. Gewerkschaftsarbeit kann nur funktionieren, wenn die Mitgliedstaaten die Grundrechte achten und garantieren.

Die Entwicklungen in mehreren Mitgliedstaaten sind besorgniserregend, und die EU muss eindeutig handeln, um Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen. Der Krieg in der Ukraine und seine Folgen, z.B. in Form von großen Flüchtlingsströmen, dürfen für die EU kein Vorwand sein, den Druck auf EU-Länder, die sich nicht an die Rechtsstaatlichkeit halten, nicht aufrechtzuerhalten. LO, TCO und Saco begrüßen daher das Engagement der Europäischen Kommission für einen Demokratiepakt und gehen davon aus, dass Schweden während seiner kommenden Präsidentschaft in dieser Frage Flagge zeigen wird.

Fairer Übergang und Kompetenzentwicklung

Unsere Gesellschaften verändern sich schnell, und Schweden sollte die Bedeutung der Kompetenzentwicklung hervorheben, um den grünen und digitalen Wandel in Europa zu bewältigen und eine wettbewerbsfähige Wirtschaft nach der Pandemie zu gewährleisten. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die EU-Mitgliedstaaten über funktionierende Übergangssysteme verfügen. Zu diesem Zweck sollte der EU-Konjunkturfonds in Anspruch genommen werden. Schweden hat gute Beispiele für einen gerechten Übergang, die als Modelle für wirtschaftliche, soziale, ökologische und klimatische Nachhaltigkeit dienen können.

Die Europäische Kommission hat angekündigt, dass 2023 das Jahr der Kompetenzen und des Lernens sein wird. Daher schlagen wir ein hochrangiges Treffen zum Thema "Kompetenzen für den Übergang" als Aktivität während des Ratsvorsitzes vor. Bei einem solchen Treffen wollen wir gewerkschaftliche Erfolge und gute Beispiele hervorheben.

Ein Binnenmarkt mit fairem Wettbewerb, Freizügigkeit und fairen Bedingungen

Der Binnenmarkt ist ein Schlüsselement der EU-Zusammenarbeit und trägt zu besseren Bedingungen für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit sowie zur Verwirklichung des grünen und digitalen Wandels bei. Der Binnenmarkt kommt der schwedischen Wirtschaft zugute und schafft Arbeitsplätze. Damit der Binnenmarkt funktionieren kann, brauchen wir Freizügigkeit und faire Bedingungen auf unseren Arbeitsmärkten. Die EU-Länder sollten sich angesichts künftiger Krisen besser abstimmen und dafür sorgen, dass Arbeitnehmer nicht durch Grenzschränken oder einen Flickenteppich unterschiedlicher Einreisebestimmungen beeinträchtigt werden.

Der Wettbewerb muss fair sein, Arbeitskriminalität und Sozialdumping müssen bekämpft werden, und die europäische Wettbewerbsfähigkeit muss auf Qualifikation und Qualität beruhen, nicht auf niedrigen Löhnen und schlechten Bedingungen. Die Arbeitsbedingungen sollten in erster Linie durch Tarifverträge geregelt werden, und die Voraussetzungen dafür müssen gestärkt werden, auch durch den Aufbau von Kapazitäten und den Austausch von Erfahrungen. Schweden verfügt über gute Beispiele, die während des Ratsvorsitzes vorgestellt werden sollten. Es ist wichtig, dass jede Rechtsvorschrift auf EU-Ebene so gestaltet wird, dass sie unserem schwedischen Arbeitsmarktmodell gerecht wird und es respektiert.

Mehr Gleichstellung und Gerechtigkeit für wettbewerbsfähige Gesellschaften

Die Gleichwertigkeit aller Menschen, das Recht, nicht diskriminiert zu werden, und die Gleichstellung von Frauen und Männern sind Grundwerte der EU-Verträge. Diese müssen sich durch alle Politikbereiche ziehen, in denen die Europäische Union tätig ist. Die soziale, wirtschaftliche und politische Stabilität profitiert von der Fähigkeit der Bürger, am Arbeitsmarkt und an der Gesellschaft insgesamt teilzunehmen. Gleichheit fördert die wirtschaftliche Entwicklung. Infolge der Pandemie haben sich jedoch die Arbeitsbedingungen und die Einkommen in die falsche Richtung entwickelt und die Ungleichheit hat zugenommen.

Das große Beschäftigungsgefälle zwischen Männern und Frauen ist eine Verschwendung von Humankapital und Arbeitskräften: Nach Angaben der Europäischen Kommission gehen den EU-Mitgliedstaaten aufgrund der niedrigeren Beschäftigungsquote von Frauen jährlich rund 360 Milliarden Euro verloren. Daher sollten gemeinsame ehrgeizige EU-Ziele im Rahmen des Wirtschaftssemesters und des Sozialanzeigers weiter gefördert werden. Eine stärkere Gleichstellung der Geschlechter in Europa ist ein Schlüssel zu integrativeren, gleichberechtigten und wettbewerbsfähigeren Gesellschaften.

Die EU als globaler Akteur - Freihandel für nachhaltige Entwicklung

Die EU ist ein wichtiger und bedeutender Akteur in internationalen Zusammenhängen, z. B. bei Handelsabkommen mit anderen Ländern und Regionen und durch koordinierte Maßnahmen in internationalen Organisationen. In dem Maße, wie sich die EU-Wirtschaft wandelt und klimafreundlicher wird, ist es von entscheidender Bedeutung, dass der globale Handel funktioniert. Die EU sollte mehr Verantwortung übernehmen und die Einhaltung der Nachhaltigkeitskapitel der EU-Handelsabkommen einfordern, die Menschenrechte, menschenwürdige Arbeit und die Einhaltung von Umweltstandards umfassen. In Handelsfragen hat Schweden eine gut etablierte und klare Linie, die durch eine stärkere Konzentration auf Fragen der Nachhaltigkeit und der Arbeitnehmerrechte ergänzt werden sollte. Schweden sollte auch die Bedeutung des sozialen Dialogs und von Umstellungsmaßnahmen sowohl innerhalb der EU als auch in den Partnerländern deutlicher hervorheben, damit Globalisierung und Freihandel für mehr Menschen positive Auswirkungen haben.